

# Prozess mit viel Zündstoff

Asyl | Flüchtling wirft Polizisten vor, ihn drangsaliert zu haben / Rechtswidrig gehandelt?

Ein Flüchtling klagt wegen angeblicher Polizeigewalt gegen das Land. Unterstützer des Mannes begleiten den Prozess mit Protest. Der Vorwurf gegen die Behörden wiegt schwer.

■ Von Sebastian Schlenker

**Stuttgart/Ellwangen.** Die Klage eines Flüchtlings gegen das Land Baden-Württemberg ist noch vor Beginn der Verhandlung von Protesten begleitet worden. Mehrere Dutzende Menschen versammelten sich am Donnerstag vor dem Verwaltungsgericht in Stuttgart, um gegen Gewalt und Rassismus durch die Polizei zu demonstrieren. Anlass für den Protest ist die Klage eines Mannes aus Kamerun, der sich gegen das aus seiner Sicht unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei bei einem Einsatz in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Ellwangen (Ostalbkreis) und während seiner Abschiebung im Jahr 2018 wendet.

Der 31-Jährige wirft der Polizei vor, bei einer Razzia im Mai 2018 in der besagten LEA ohne richterlichen Beschluss und ohne sich als Polizei zu erkennen zu geben nachts in sein Zimmer eingedrungen zu sein. Die Polizisten hätten ihn auf dem Boden gefesselt und zudem sein Handy beschlagnahmt, um so zu verhindern, dass er den Einsatz filmen konnte, schilderte der Mann vor Gericht.

**Der Mann aus Kamerun lebt derzeit in Bad Waldsee**

Zwei an der Razzia beteiligte Polizisten bestritten als Zeugen, dem Flüchtling damals sein Handy genommen zu haben. Dass sie ihn auf dem Boden gefesselt haben, beschrieben sie als »üblich« und für den »Eigenschutz erforderlich«.

Währenddessen drangen die Rufe der Demonstranten vor dem Gericht immer wieder bis in den Verhandlungssaal. Noch vor Beginn des



Der Flüchtling aus Kamerun hält vor Prozessbeginn ein Schild mit der Aufschrift »Black lives matter« hoch. Foto: Murat

Prozesses hatte der Kameruner im Gerichtssaal ein Schild mit der Aufschrift »Black lives matter« hochgehalten.

Neben dem Vorgehen der Polizei bei der Razzia beklagt der Mann das Vorgehen der Beamten bei seiner Abschiebung im Juni 2018. Vor der Abfahrt in der LEA Ellwangen mit einem Polizeiwagen habe er einen Anwalt anrufen und seine Ausweispapiere zurück haben wollen, berichtet er. Es kam zu einem Handgemenge, und der Mann wurde letztlich auf dem Boden eines Polizeiwagens gefesselt vom Gelände der LEA gefahren.

Auch hier weichen die Beschreibungen des Mannes und die der Polizei mitunter voneinander ab. Dass der Mann seinen Anwalt habe ru-

fen wollen, daran könnten sie sich nicht erinnern, berichten zwei am Einsatz beteiligte Polizeibeamte. Auch, ob der Mann sowohl an Händen als auch Füßen im Wagen gefesselt wurde, bleibt unklar. Das Gericht wird letztlich über eine mögliche Rechtswidrigkeit polizeilicher Maßnahmen zu entscheiden haben.

Die Razzia in der LEA Ellwangen hatte 2018 bundesweit für Aufsehen gesorgt. Nur wenige Tage zuvor war die geplante Abschiebung eines Togolesen abgebrochen worden, weil sich mehr als 100 Flüchtlinge damals mit dem Mann solidarisiert und zum Teil gewaltsam versucht hatten, die Abschiebung zu verhindern. Polizisten sahen sich durch die Menge bedroht

und zogen sich zurück. Mit Hunderten Beamten rückte die Polizei daraufhin erneut an. An der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes entzündete sich in der Folge eine Debatte. Der Einsatz kostete nach Angaben des Innenministeriums rund 360 000 Euro. Durch die Klage des Mannes aus Kamerun hat der Einsatz nun auch ein juristisches Nachspiel.

Der Kläger wurde im Juni 2018 nach Italien abgeschoben und kehrte im Dezember 2018 nach Deutschland zurück. Über einen damals gestellten Asylantrag ist seinen Angaben nach bislang nicht entschieden worden. Er lebt derzeit in Bad Waldsee (Kreis Ravensburg) und hat nach Angaben seines Anwalts eine Ausbildung begonnen.

## ■ Kurz notiert

### Nach langer Flucht festgenommen

**Weil am Rhein.** Nach rund sieben Jahren auf der Flucht hat die Polizei einen 49-Jährigen gefasst, der im großen Stil über das Internet betrügerische Geschäfte gemacht haben soll. Der Mann sei in der Schweiz festgenommen und am Autobahnübergang Weil am Rhein (Kreis Lörrach) der Bundespolizei übergeben worden, teilte ein Sprecher der Bundespolizei am Donnerstag mit.

### Tödlicher Unfall auf der Baustelle

**Wangen.** Bei einem Unfall auf einer Baustelle in Wangen (Kreis Ravensburg) hat ein 53-Jähriger tödliche Verletzungen erlitten. Der selbstständige Bauunternehmer sei alleine mit Erdarbeiten in einem Untergeschoss beschäftigt gewesen, teilte die Polizei am Donnerstag mit. Er habe ein Baustellenfahrzeug verwendet, das während einer Fahrt zurück in den Keller kippte und den Mann folgeschwer einklemmte.

## Pforzheim gedenkt digital

Bombardierung | Verbot ganz im Sinne von OB Peter Boch

**Pforzheim.** Alle Demonstrationen zum Jahrestag der Bombardierung Pforzheims am 23. Februar sind untersagt worden - unter Hinweis auf die Corona-Pandemie. Wie das Landratsamt Enzkreis am Donnerstag auf seiner Internetseite mitteilte, sind am kommenden Dienstag Versammlungen zwischen 15 und 21 Uhr im Stadtgebiet von Pforzheim untersagt. Auch alle Veranstaltungen und Versammlungen der Stadt Pforzheim wurden demnach abgesagt oder finden nur als Livestream statt.

Am Abend des 23. Februar 1945 wurde Pforzheim bei einem 20-minütigen Angriff der alliierten Luftstreitkräfte in Schutt und Asche gelegt. Mindestens 17 600 Menschen starben. Daran erinnern jedes Jahr offizielle Gedenkveranstaltungen der Stadt. Den Jahrestag der Bombardierung nutzen aber regelmäßig auch einige Menschen aus dem extrem rechten Lager für einen Fackelaufzug. Dagegen gibt es immer wieder Gegen-



Peter Boch Foto: Gollnow

demonstrationen des bürgerlichen Lagers und der gewaltbereiten linken Szene.

Die Allgemeinverfügung des Landratsamtes wird mit der pandemischen Lage begründet. Pforzheim sei seit Ende November wegen der 7-Tages-Inzidenz als Hotspot anzusehen. Nach 300 Neuinfizierten pro 100 000 Anfang Dezember sei diese zwar am 16. Februar auf 41,3 zurückgegangen. Das Amt betonte jedoch: Das Infektionsgeschehen sei diffus; es bestehe aktuell weiterhin ein besonders hohes regionales Risiko, sich

mit dem Coronavirus zu infizieren.

Das Verbot ist ganz im Sinne von Oberbürgermeister Peter Boch (CDU). Er hatte neben der pandemischen Lage auf die Erfahrungen der jüngsten Jahre hingewiesen. Im Bereich des Wartbergs würden regelmäßig mehrere Hundert Menschen aus den verschiedenen Regionen auf engstem Raum zusammenkommen. »Selbst bei bestem Willen aller Veranstalter kann niemand sicherstellen, dass bei dem auch in diesem Jahr erwarteten Großgeschehen die erforderlichen Mindestabstände jederzeit eingehalten werden«, sagt Boch.

Das Landratsamt sieht dies ähnlich: »Die Gemengelage aus »Mahnwache«, Gegendemonstrationen und Polizeieinsatz führt regelmäßig zu tumultartigen Szenen beim - in der Regel bewusst provozierten - Aufeinandertreffen der verschiedenen Lager, bei denen eine große Vielzahl an Beteiligten in engen körperlichen Kontakt kommen.«

## ■ Meinungen der Leser

### Gute Sache

BETRIFFT: Übriggebliebene Impfdosen

Ich finde es eine gute Sache, den übrigen Impfstoff an die Fachkräfte weiter zu verimpfen! Dem Kreisverbandschef des Roten Kreuzes gehört ein Orden für diese Idee überreich, aber es gibt Leute, die lieber in einer Wegwerf-

sellschaft leben und anderen nichts gönnen. Zu guter Letzt noch: Wer einen Impftermin nicht einhält oder absagt, gehört an die letzte Stelle, bis alle anderen geimpft sind.

Monika Müller | Lahr

### Gefahr für die Demokratie

BETRIFFT: Leserbrief »Motive sind ganz klar« vom 10. Februar

Die AfD ist bereits länger im Blickfeld des Verfassungsschutzes. Im März 2020 wurde der inzwischen formal aufgelöste völkische Flügel der AfD um Björn Höcke als »gesichert rechtsextremistisch« eingestuft, also beobachtet. Auch die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative wird beobachtet. Ich denke eigentlich, das spricht für sich. Und falls der Leserbriefschreiber jetzt anführt, dass die AfD in letzter Zeit doch alles dafür täte, doch noch einer ständigen Beobachtung durch den

Verfassungsschutz zu entkommen, dann sollte er an seine eigenen Worte denken: »Motive sind ganz klar.« Selbstverständlich versucht die Partei, kurz vor der Wahl zu beschwichtigen und ein öffentliches Gutachten zu verhindern. Weil ein solches Gutachten hoffentlich endlich schriftlich klarmachen würde, was die Partei ist: eine Gefahr für unsere Demokratie.

Anna Helena Schmid  
Fluorn-Winzeln

### Spannungen steigen

BETRIFFT: Coronavirus

Corona ist wirtschaftlich für viele, vor allem Selbständige, ein absolutes Desaster. Eine Pleitewelle kommt auf uns zu! Aber auch die Kurzarbeit und der Wegfall von Minijobs ist oft desaströs. Kaum jemand weiß, dass die Betroffenen ihre ganzen Ersparnisse aufbrauchen müssen, bevor sie staatliche Hilfe bekommen. Aber nicht nur die Wirtschaft, auch die soziale Problematik ist unübersehbar. Man stelle sich Homeoffice mit kleinen Kindern in einer 3-Zimmer-Wohnung vor. Die Jugendlichen und Kinder haben weder Sportunterricht noch sind sonstige sportliche Aktivität-

ten oder Hobbys möglich, in vielen Familien steigen die Spannungen. Jeder Nichtgeimpfte ist quasi ein potenzieller Virusträger, deshalb sind nur Impfungen ein Schutz für die Menschen. Da Brüssel und Berlin völlig überfordert sind, kann dieser Zustand noch lange andauern, deshalb ist jeder geimpfte Bürger ein Schutz für seine Mitmenschen. Hier sind schnellere Lösungen erforderlich, selbst wenn diese derzeit im Ausland angeboten werden.

Beate Fauser  
Althengstett



Einzelhändler verlieren die Geduld.

Foto: Stratenschulte

### Fragwürdiges Zeichen

BETRIFFT: Spielansetzungen in der Champions League

Die deutschen Fußballclubs Mönchengladbach und Leipzig tragen ihre Heimspiele in der Champions League im Ausland aus. Grund dafür ist, dass ihre englischen Gegner Liverpool und Manchester City aufgrund der Corona-Mutationen in England nicht nach Deutschland einreisen dürfen. Frei nach dem Motto: Kommt das Virus nicht zu uns, gehen wir eben zum Virus. Was für ein Zeichen ist das denn? Schulen und Kitas sind seit

Monaten geschlossen, Kinder können sich nicht mit anderen Kindern treffen und auch nicht zum Sport, aber die schon viel zu sehr privilegierten Fußballer umgehen die Vorschriften aus reiner Profitgier elegant. Aber der Gipfel der Frechheit ist, dass Karl-Heinz Rummenigge für die Profi-Fußballer einen schnellen Impftermin fordert. Geht's noch?

Frank Waller | Alpirsbach

### Schreiben Sie uns!

Schwarzwälder Bote Redaktionsgesellschaft mbH  
Postfach 1380 | 78722 Oberndorf a.N. | Fax: 07423 78-328  
E-Mail: [Leserbriefe@schwarzwaelder-bote.de](mailto:Leserbriefe@schwarzwaelder-bote.de)

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Wir behalten uns Kürzungen vor. Bitte vergessen Sie nicht Ihren Absender samt Telefonnummer.